

N i e d e r s c h r i f t

über die 30. Sitzung des Rates in seiner 6. Wahlperiode am 12.06.2003 im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

Dr. Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Belger, Hans-Martin (Entschuldigt fehlend)	SPD-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
Dr. Budde, Johannes	CDU-Fraktion
Budig, Detlef	SPD-Fraktion
Butschko, Peter	CDU-Fraktion
Ditz, Hans-Joachim	CDU-Fraktion
Geyer, Jens	SPD-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Goller, Werner	SPD-Fraktion
Greis, Peter	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Hackel, Gabriele	CDU-Fraktion
Haupt, Sascha	Fraktion PETO
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Knauer, Ariane	SPD-Fraktion
Dr. Knops, Hans Joachim	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Liebe, Luda	Fraktion MBM/F.D.P.
Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Neufeldt, Friederike	CDU-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Ockel, Reinhard	CDU-Fraktion
Odendahl, Heidrun	CDU-Fraktion
Prondzinsky, Marion	CDU-Fraktion
Pruin, Stefan	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Raabe, Peter	CDU-Fraktion
Richrath, Martin	CDU-Fraktion

Sander, Dieter	SPD-Fraktion
Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Scheige, Gerardo	Fraktion PETO
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Schunke, Dieter	SPD-Fraktion
Senft, Harald	CDU-Fraktion
Stamm, Andrea (Entschuldigt fehlend)	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Stapper, Norbert	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Tonn, Elisabeth	SPD-Fraktion
von Wallis, Winfried (Entschuldigt fehlend)	Fraktion MBM/F.D.P.
Spiecker, Gerd	Verwaltung
Herrmann, Max	Verwaltung
Bosbach, Hans	Verwaltung
Trost, Uwe	Verwaltung
Warden, Marion	Verwaltung
Müchler, Gerhard	Verwaltung
Thomanek, Georg	Verwaltung
Brock, Hans Peter	Verwaltung
Herforth, Gisela	Verwaltung
Mittmann, Georg	Verwaltung
Kirberg, Inge	Verwaltung

Beginn der Sitzung 18:03 Uhr

Ende der Sitzung 21:08 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. 2003/0210 Verleihung des Umweltpreises der Stadt Monheim am Rhein an den Hegering Monheim und Baumberg
- Ö 3. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-
- Ö 4. 2003/0206 Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 03.04.2003
- Ö 5. 2003/0208 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW
Zukunftswerkstatt 2020, Arbeitsgruppe Entwicklung, Landschafts- und Naturschutz,
Theo Kurschildgen, Kreuzstr. 11, eingegangen am 25.04.2003
"Teich im Baumberger Hamm"
- Ö 6. 2003/0209 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW
Zukunftswerkstatt 2020, Arbeitsgruppe Entwicklung, Landschafts- und Naturschutz,
Theo Kurschildgen, Kreuzstr. 11, eingegangen am 25.04.2003
"Aufstellung von Bebauungsplänen"
- Ö 7. 2003/0143 36. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Monheim am Rhein
- Behandlung der Anregungen
- Feststellungsbeschluss

Bebauungsplan Nr. 48 B (Am Sportplatz / Berghausener Straße)
- Behandlung der Anregungen
- Satzungsbeschluss
- Ö 8. 2003/0119 Bebauungsplan Nr. 94.1 M (Gewerbegebiet Baumberger Chaussee / Am Kielsgraben)
- Behandlung der Bedenken und Anregungen
- Satzungsbeschluss
- Ö 9. 2003/0123 Bebauungsplan Nr. 105 M (Rheinanleger Monheim)
- Behandlung der Anregungen
- Satzungsbeschluss
- Ö 10. 2003/0127 Bebauungsplan Nr. 21.1 M - 1. Änderung
- Behandlung der Anregungen
- Satzungsbeschluss

- Ö 11. 2003/0133 Satzung zur 5. Änderung der 'Satzung über die Erhebung von Beiträgen für den Anschluss an die Entwässerungsanlage der Stadt Monheim am Rhein sowie den Kostenersatz für Grundstücksanschlussleitungen vom 08.04.1980'
- Ö 12. 2003/0122 Straßen
a) "Auf dem Maiskamp", "Rheinsträßchen", "Fasanenweg", "Eulenweg" und "Walter-Kollo-Straße"
b) "Albert-Einstein-Straße", "Nikolaus-Kopernikus-Straße", "Otto-Lilienthal-Straße" und "Fridjof-Nansen-Weg"
Gemeindliches Einvernehmen zur Kennzeichnung als verkehrsberuhigter Bereich
- Ö 13. 2003/0120 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für den Entlastungssammler Kirchstraße
- Ö 14. 2003/0140 Mitteilung
Prognose der Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Monheim am Rhein bis zum Jahr 2020 und Wohnbaupotenziale
- Ö 15. 2003/0186 Festsetzung der Dauer- und Einzelmietpreise des Kulturbüros
- Ö 16. 2003/0243 Einkaufszentrum am Holzweg in Baumberg
- Umsetzung der Verbesserungsmaßnahmen
- Ö 17. 2003/0131 Satzung über die Zahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter für den Rat der Stadt Monheim am Rhein für die Kommunalwahl 2004 (7. Wahlperiode)
- Ö 18. 2003/0202 Dringliche Entscheidung
Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel zur Durchführung verschiedener Maßnahmen an PCB-belasteten Monheimer Schulen
- Ö 19. 2003/0244 Freigabe der Mittel "Zuschuß an freie Träger für Kinder- und Jugenderholung"
- Ö 20. 2003/0229 Antrag der CDU-Fraktion vom 20.05.2003;
"Seniorenbeirat"
- Ö 0. Bürgerfragestunde
- Ö 21. 2003/0233 Antrag der CDU-Fraktion vom 28.05.2003;
"Einrichtung einer zusätzlichen Beigeordnetenstelle"
- Ö 22. 2003/0234 Antrag der CDU-Fraktion vom 28.05.2003;
"Rheinstadion"
- Ö 23. 2003/0235 Haushaltssperre für das Jahr 2003
- Ö 24. 2003/0236 Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss

Ö 25. Mündliche Mitteilungen

Ö 26. Mündliche Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

NÖ 27. Feststellung der Beschlussfähigkeit

NÖ 28. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - nichtöffentlicher Teil-

NÖ 29. 2003/0207 Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 03.04.2003

NÖ 30. 2003/0197 Vertragsangelegenheit

NÖ 31. 2003/0201 Vertragsangelegenheit

NÖ 32. 2003/0225 Genehmigung einer dringlichen Entscheidung
- Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln im Vermögenshaushalt -

NÖ 33. Mündliche Mitteilungen

NÖ 34. Mündliche Anfragen

Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßt insbesondere Rats Herrn Senft, der nach längerer Krankheit heute wieder anwesend ist.

Der Bürgermeister verweist auf zwei Tischvorlagen, die allen Ratsmitgliedern heute vorliegen:

2003/0243 Einkaufszentrum Holzweg in Baumberg
- Umsetzung der Verbesserungsmaßnahmen

2003/0244 Freigabe der Mittel "Zuschuss an freie Träger für Kinder- und Jugenderholung"

Die Vorlage 2003/0243 ersetzt die Vorlage 2003/0216 (TOP Ö 16.).

Es ergibt sich kein Widerspruch dagegen, dass die Tagesordnung unter TOP Ö 19. um die Vorlage 2003/0244 erweitert wird; die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Ö 2. 2003/0210 Verleihung des Umweltpreises der Stadt Monheim am Rhein an den Hegering Monheim und Baumberg

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim würdigt die Verdienste des Hegerings Monheim und Baumberg und zeichnet ihn mit dem Umweltpreis der Stadt Monheim am Rhein für das Jahr 2002 aus. Er überreicht den Vertretern des Hegerings Urkunde und Dotierung.

Der Hegering bedankt sich für die Auszeichnung. In seinen Ausführungen betont der Vertreter des Hegerings, dass Monheim am Rhein mit den höchsten Wildbesatz im Kreis Mettmann gehabt habe - bis zur Rheindeichverlegung. Beim ersten Hochwasser danach seien im Rheinbogen 3 Rehe und rund 150 Hasen ertrunken. Nach dieser Tiertragödie sei die Deichverlegung als Fehlplanung zu werten, die aber repariert werden könne. Der Hegering hoffe, dass dieser Fehler korrigiert werde und habe deshalb heute eine ausgestopfte Eule und einen Fuchs als Mahnung zu Weisheit und Klugheit mitgebracht.

Der Bürgermeister sagt dem Hegering eine Überprüfung zu.

**Ö 3. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung
-öffentlicher Teil-**

Der Rat nimmt die Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil - zur Kenntnis.

Ö 4. 2003/0206 Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 03.04.2003

Ratsherr Stapper verweist an dieser Stelle auf seine mündliche Anfrage in der letzten Ratssitzung und kritisiert die Antwort, die er von der Verwaltung hierzu erhalten hat. Er betont nachdrücklich, dass es sich bei dem beispielhaft erwähnten Schild vor der Wäscherei am Garather Weg um einen Gefahrenpunkt handele, der beseitigt werden müsse. Die Stadt sei hier voll in der Haftung - es sei Gefahr im Verzug. Selbst wenn der Kreis zuständig sein sollte, müsse die Stadt umgehend für eine Klärung sorgen.

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim betont, dass es sich um eine mündliche Anfrage gehandelt habe, die nicht unter diesem Tagesordnungspunkt zu erfassen sei.

Er sagt zu, dass die zuständige Stelle der Verwaltung sich schnellstmöglich mit ihm in Verbindung setzen werde, um den Sachverhalt zu klären.

Der Rat nimmt den Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 03.04.2003 zur Kenntnis.

**Ö 5. 2003/0208 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW
Zukunftswerkstatt 2020, Arbeitsgruppe Entwicklung,
Landschafts- und Naturschutz,
Theo Kurschildgen, Kreuzstr. 11, eingegangen am 25.04.2003
"Teich im Baumberger Hamm"**

Die CDU-Fraktion schlägt vor, den Antrag an den Fachausschuss zu überweisen. Sie stellt fest, dass die Stellungnahme der Verwaltung weit über das hinaus geht, was der Antragsteller formuliert habe und bittet darum, im Vorfeld der Ausschusssitzung dem Antragsteller nochmals Gelegenheit zu geben, seine Vorstellungen zu erläutern.

Auch die SPD-Fraktion bittet vor dem Hintergrund der Stellungnahme der Verwaltung darum, dass das Anliegen des Antragstellers konkretisiert wird. Eine Behandlung im Fachausschuss mit diesen Angaben sei deshalb der richtige Weg.

Die Anregung wird einstimmig an den Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen verwiesen.

**Ö 6. 2003/0209 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW
Zukunftswerkstatt 2020, Arbeitsgruppe Entwicklung,
Landschafts- und Naturschutz,
Theo Kurschildgen, Kreuzstr. 11, eingegangen am 25.04.2003
"Aufstellung von Bebauungsplänen"**

Die CDU-Fraktion schließt sich im Wesentlichen den Ausführungen in der Stellungnahme der Verwaltung an. Sie hält es zz. nicht für zweckmäßig die von der Anregerin gewünschten Bebauungspläne aufzustellen und verweist u.a. darauf, dass das Gelände zwischen Deich und Bleer Straße für eine Bebauung nicht vorgesehen sei. Sie spricht sich dafür aus, es bei der derzeitigen planungsrechtlichen Situation zu belassen.

Die SPD-Fraktion betont die besondere Bedeutung des Geländes am Rhein zwischen Deich, Am Werth und Kapellenstraße für die gesamte Stadt. Sie ist der Meinung, dass dieses Gelände für die Zukunft gesichert werden müsse und künftige Nutzungen, wie z.B. Änderungen im Sportplatzbereich, Festhalle etc. nur in einem geordneten Bebauungsplanverfahren durchgeführt werden dürften. Insbesondere stellt sie fest, dass in Bebauungsplänen nicht nur die Bebauung geregelt werde, sondern auch die Sicherung von Grünflächen. Da sie die Sorge der Bürger, es könne vielleicht doch im Deichhinterland gebaut werden, teile, habe auch die Anregung, für den Bereich zwischen Deich und Bleer Straße einen Bebauungsplan aufzustellen, ihre volle Unterstützung. Dies mit der Zielsetzung, dieses Gelände für die Umwelt und damit zu vereinbarende Freizeitnutzungen zu erhalten.

Auch die Fraktion Die Grünen verweist auf in der Vergangenheit diskutierte Bebauungsabsichten für das Gelände zwischen Deich und Kapellenstraße. Sie begrüßt deshalb die Anregung und stimmt ihr zu.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass der Landschaftsplan für das Gelände zwischen Deich und Kapellenstraße in großen Teilen "geschützte Landschaft" vorschreibe, eine Bebauung also nicht möglich sei.

Die Anregung wird bei 16 Stimmen dafür (12 SPD, 2 Grüne, 2 Peto) mit 22 Stimmen (BM, 20 CDU, 1 F.D.P.) abgelehnt.

- Ö 7. 2003/0143 36. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Monheim am Rhein**
- Behandlung der Anregungen
- Feststellungsbeschluss

Bebauungsplan Nr. 48 B (Am Sportplatz / Berghausener Straße)
- Behandlung der Anregungen
- Satzungsbeschluss

Die Verwaltung nimmt zu der in der gestrigen Fachausschusssitzung aufgeworfenen Diskussion Stellung, Möglichkeiten für weitere Freiflächen im Gebiet des B-Planes 48 B vorzuhalten. Anhand von Kartenmaterial zeigt sie auf, dass dies durch einen anderen Zuschnitt der Grundstücke möglich ist und dies beim Verkauf der Grundstücke berücksichtigt wird. Außerdem verweist sie darauf, dass die Rigolenfläche im nördlichen Bereich öffentlich nutzbar bleibt und dort Spielgeräte aufgestellt werden.

Die CDU-Fraktion dankt der Verwaltung für die schnelle Prüfung und stimmt nach diesen Zusagen dem Beschlussvorschlag zu.

Die SPD-Fraktion räumt ein, dass sich durch diese Erklärung eine Verbesserung ergibt, bleibt jedoch bei ihrer ablehnenden Haltung. Sie kritisiert insbesondere den Wegfall des 1.600 qm großen Spielplatzes, der an eine andere Stelle lediglich mit einer Größe von 500 qm verlegt werde.

Beschluss

1. Die Anregungen, wie sie in Anlage 8 zur Drucksache aufgeführt sind, werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlage 9 zur Drucksache behandelt.
2. Die 36. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Monheim am Rhein wird beschlossen. Der Erläuterungsbericht gem. § 5 (5) BauGB ist der Flächennutzungsplanänderung beigelegt.
3. Der Bebauungsplan Nr. 48 B (Am Sportplatz / Berghausener Straße) wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 (8) BauGB eine Begründung beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 24 Stimmen (BM, 20 CDU, 2 Peto, 1 F.D.P.)
dagegen: 14 Stimmen (12 SPD, 2 Grüne)

- Ö 8. 2003/0119 Bebauungsplan Nr. 94.1 M (Gewerbegebiet Baumberger Chaussee / Am Kielsgraben)**
- Behandlung der Bedenken und Anregungen
- Satzungsbeschluss

Beschluss

1. Die Anregungen, wie sie in Anlage 2 zur Drucksache vorgebracht wurden, werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlage 3 zur Drucksache behandelt.
2. Der Bebauungsplan Nr. 94.1 M wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Zu dem Bebauungsplan gehört die Begründung gem. § 9 Abs. 8 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- Ö 9. 2003/0123 Bebauungsplan Nr. 105 M (Rheinanleger Monheim)**
- Behandlung der Anregungen
- Satzungsbeschluss

Beschluss

4. Die Anregungen, wie sie in Anlage 6 zur Drucksache aufgeführt sind, werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlage 7 zur Drucksache behandelt.
5. Der Bebauungsplan Nr. 105 M (Rheinanleger Monheim) wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 (8) BauGB eine Begründung beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- Ö 10. 2003/0127 Bebauungsplan Nr. 21.1 M - 1. Änderung**
- Behandlung der Anregungen
- Satzungsbeschluss

Beschluss

6. Die Anregungen, wie sie in Anlage 5 zur Drucksache aufgeführt sind, werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlage 6 zur Drucksache behandelt.
7. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 21.1 M wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 (8) BauGB eine Begründung beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- Ö 11. 2003/0133 Satzung zur 5. Änderung der 'Satzung über die Erhebung von Beiträgen für den Anschluss an die Entwässerungsanlage der Stadt Monheim am Rhein sowie den Kostenersatz für Grundstücksanschlussleitungen vom 08.04.1980'**

Beschluss

Die Satzung zur 5. Änderung der 'Satzung über die Erhebung von Beiträgen für den Anschluss an die Entwässerungsanlage der Stadt Monheim am Rhein sowie den Kostenersatz von Grundstücksanschlussleitungen vom 08.04.1980' in der zur Zeit geltenden Fassung wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- Ö 12. 2003/0122 Straßen**
a) "Auf dem Maiskamp", "Rheinsträßchen", "Fasanenweg",
"Eulenweg" und "Walter-Kollo-Straße"
b) "Albert-Einstein-Straße", "Nikolaus-Kopernikus-Straße",
"Otto-Lilienthal-Straße" und "Fridjof-Nansen-Weg"
**Gemeindliches Einvernehmen zur Kennzeichnung als
verkehrsberuhigter Bereich**

Die SPD-Fraktion wiederholt ihre bereits gestern in der Fachausschusssitzung geäußerte Bitte, die von der Verwaltung vorgesehene Information der Anlieger durch Hauswurfsendung auch auf die Anlieger der bereits bestehenden verkehrsberuhigten Bereiche auszudehnen. Die Verwaltung wird diese Anregung aufnehmen.

Beschluss

Das gemäß § 45 Abs. 1 b Ziff. 3 der Straßenverkehrsordnung (StVO) erforderliche gemeindliche Einvernehmen zur Kennzeichnung der Straßen "Auf dem Maiskamp", "Rheinsträßchen", "Fasanenweg", "Eulenweg", "Walter-Kollo-Straße", "Albert-Einstein-Straße", "Nikolaus-Kopernikus-Straße", "Otto-Lilienthal-Straße" und "Fridjof-Nansen-Weg" als verkehrsberuhigter Bereich wird erteilt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- Ö 13. 2003/0120 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für den
Entlastungssammler Kirchstraße**

Beschluss

Gemäß § 82 GO NRW in Verbindung mit § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung wird die Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Mittel bei der Haushaltsstelle 7000.9609.13 – Entlastungssammler Kirchstraße – in Höhe von 700.000,00 € erteilt.

Zur Deckung dieses Betrages werden Haushaltsmittel der Haushaltsstelle 7000.9607.42 – Regenrückhaltebecken Fichtestraße – in Höhe von 295.000,00 € und der Haushaltsstelle 7000.9609.11 – Entlastungssammler Monheimer Straße – in Höhe von 405.000,00 € herangezogen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- Ö 14. 2003/0140 Mitteilung**
**Prognose der Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Monheim
am Rhein bis zum Jahr 2020 und Wohnbaupotenziale**

Die Bevölkerungsprognose der Stadt Monheim am Rhein für das Jahr 2020 und die Wohnbaupotentiale werden zur Kenntnis genommen.

Ö 15. 2003/0186 Festsetzung der Dauer- und Einzelmietpreise des Kulturbüros

Beschluss

Der Festsetzung der Einzel- und Dauermietpreise wird zugestimmt. Die vorgelegte Entgeltordnung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 16. 2003/0243 Einkaufszentrum am Holzweg in Baumberg - Umsetzung der Verbesserungsmaßnahmen

Der Bürgermeister verweist auf die heute allen Ratsmitgliedern übergebene Tischvorlage, die die Drucksache 2003/0216 ersetzt.

Die SPD-Fraktion sieht in den vorgesehenen Maßnahmen die einzige Chance, dem Einkaufszentrum zu helfen. Die Sprecherin betont, dass ihre Fraktion die Entscheidung, einen verlorenen Zuschuss in Höhe von 250 000 € zu zahlen, mit trage, dabei jedoch davon ausgehe, dass die Eigentümer im Zentrum mitziehen, da die von der Stadt vorgesehenen Verbesserungsmaßnahmen allein keinen Erfolg bringen könnten. Sie bittet die Verwaltung um nachdrückliche Verhandlungen mit den Eigentümern, auch ihre Chance zu nutzen.

Die CDU-Fraktion betrachtet die vorgesehenen Maßnahmen als Initialzündung, die das Ziel habe, dass die Eigentümer mit weiteren Maßnahmen nachziehen. Es könne nicht bei der Umsetzung der städtischen Maßnahmen bleiben.

Die Fraktion Die Grünen stellt zwar nicht den Handlungsbedarf und die vorgesehenen Maßnahmen in Frage, hält die Vorlage jedoch aus haushaltspolitischen Gründen für nicht verantwortbar. Sie hält die Aufwendungen und den Nutzen für sehr einseitig verteilt und kritisiert das Fehlen einer überzeugenden Alternative hinsichtlich einer Risikoteilung. Eine Verpflichtung der Eigentümer sei nicht erkennbar; die vorgesehenen Verbesserungsmaßnahmen basierten allein auf der Hoffnung, dass dadurch ein Impuls gegeben werde. Dies beurteile die Fraktion Die Grünen aufgrund der Erfahrungen am Ernst-Reuter-Platz sehr skeptisch und bezweifle, dass die Maßnahme Früchte trage.

Beschlussvorschlag:

1. Das Gutachten des Büros Junker und Kruse, die Maßnahmenliste sowie die Vorentwürfe der Architektengruppe werden zur Kenntnis genommen. Die in der Sachdarstellung erläuterten drei Maßnahmen werden in der aufgeführten Priorität umgesetzt. Dafür werden von der Stadt Monheim am Rhein maximal 250.000 € als hundertprozentige Eigenleistung aufgewendet, die 2003 für die Sanierung des Einkaufszentrums am Holzweg in den Haushalt eingestellt worden sind. Die Maßnahmen werden nach VOB ausgeschrieben und vergeben.
2. Die in den Haushalt 2003 eingestellten Mittel in Höhe von 250.000 € werden aufgrund der Dringlichkeit und Wichtigkeit der Maßnahme entgegen der haushaltswirtschaftlichen Sperre vom 22. Mai 2003 freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 36 Stimmen (BM, 20 CDU, 12 SPD, 2 Peto, 1 F.D.P.)
dagegen: 2 Stimmen (Grüne)

Ö 17. 2003/0131 Satzung über die Zahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter für den Rat der Stadt Monheim am Rhein für die Kommunalwahl 2004 (7. Wahlperiode)

Der Bürgermeister zieht die Vorlage zurück. Aufgrund eines neuen Erlasses des Innenministeriums sei eine erneute Beschlussfassung nicht erforderlich in Fällen, wo die Zahl der Ratsmandate unbefristet in Satzungen festgeschrieben sei.

**Ö 18. 2003/0202 Dringliche Entscheidung
Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel zur
Durchführung verschiedener Maßnahmen
an PCB-belasteten Monheimer Schulen**

Beschluss

Die am 24. April 2003 durch Herrn Bürgermeister Dr. Dünchheim und Ratsmitglied Harald Schmidt getroffene Dringliche Entscheidung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 19. 2003/0244 Freigabe der Mittel "Zuschuß an freie Träger für Kinder- und Jugenderholung"

Aus der CDU-Fraktion wird kritisiert, dass die Zusage der Verwaltung in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.05.2003, die Bewilligungsbescheide für die Ferienmaßnahmen der freien Träger umgehend zu erteilen, nicht eingehalten worden sei. Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim verweist auf die am 22.05.2003 verhängte Haushaltssperre und die heute allen Ratsmitgliedern übergebene Tischvorlage.

Beschluss

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die Freigabe der Mittel „Zuschuß an freie Träger für Kinder- und Jugenderholung“ in Höhe von 51.130,00 Euro.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

**Ö 20. 2003/0229 Antrag der CDU-Fraktion vom 20.05.2003;
"Seniorenbeirat"**

Die CDU-Fraktion verweist darauf, dass das Thema Seniorenbeirat bereits öfter im Rat diskutiert wurde. Sie habe noch vor geraumer Zeit einen Seniorenbeirat für überflüssig gehalten und die

Meinung vertreten, dass sich die Senioren, wie alle anderen Bürger auch, in die politischen Gremien einbringen könnten. Mittlerweile zeichne sich jedoch ab, dass Senioren in den speziellen Belangen der Seniorenarbeit politisch aktiv werden wollen; dies zeige auch der große Zulauf zu den bestehenden Seniorengruppen der Parteien. Deshalb habe die CDU-Fraktion dieses Thema wieder aufgegriffen und hoffe auf eine breite Zustimmung.

Aus der Fraktion Die Grünen wird bemerkt, dass ein Seniorenbeirat bereits mehrmals von den Fraktionen der SPD und der Grünen beantragt wurde, jedoch keine Zustimmung bei der CDU-Fraktion fand. Das Umdenken sei erfreulich und werde hoffentlich die Möglichkeit eröffnen, das Zusammenleben älterer und jüngerer Menschen etwas harmonischer zu gestalten. Sie verweist auf die mit auf Initiative der Grünen im Rahmen der Zukunftswerkstatt gebildete Arbeitsgruppe "Generationsübergreifendes Wohnen". Mit diesem nach wie vor aktuellen Thema werde sich sicherlich auch der Seniorenbeirat beschäftigen.

Die SPD-Fraktion verweist auf ihre in den Jahren 2000 und 2001 gestellten Anträge auf Einrichtung eines Seniorenbeirats, die von der CDU-Fraktion abgelehnt wurden. Auch sie begrüßt das Umdenken innerhalb der CDU-Fraktion, womit dem Anliegen der älteren Bevölkerung, politisch gehört zu werden und mitzugestalten, Rechnung getragen werde.

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim sagt eine umfassende Aufarbeitung des Themas Seniorenbeirat zu. Die Verwaltung werde auch alternative Formen vorstellen und insbesondere die Kosten ermitteln. Nach Vorliegen des Prüfungsberichts werde er die Angelegenheit interfraktionell vorstellen, um zu einer vernünftigen Einigung zu kommen.

Der Antrag der CDU-Fraktion wird einstimmig angenommen.

Bürgerfragestunde

Beginn: 18:57 Uhr

Ein Bürger bezieht sich auf den gestrigen Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen zu den Kriterien für den Verkauf städtischer Baugrundstücke. Er stellt die Frage, ob der BM sich dafür einsetzen könne, dass neben Führungskräften gerechterweise auch die Mitarbeiter von in Monheim ansässigen Firmen berücksichtigt werden.

Die Verwaltung antwortet, dass dies nach der vom Ausschuss getroffenen Entscheidung so vorgesehen ist. Zusätzlich sage der Beschluss aus, dass Führungskräfte von Unternehmen, die sich in Monheim am Rhein ansiedeln wollen, berücksichtigt werden können.

Auf die Frage des Bürgers, wie die Verwaltung den Begriff Führungskräfte definiert, betont der Bürgermeister, dass er den Hinweis aufnehmen und die redaktionelle Fassung des Beschlusses überprüfen werde.

Ein weiterer Bürger fragt nach dem Stand der Verlegung der Bürgerwiese und verweist auf die für ihn immer noch ungelöste Parkproblematik, die der Verwaltung seit langem bekannt sei.

Der Bürgermeister führt aus, dass die Planung mit der Aufstellung eines Bebauungsplanes begonnen habe; zu weiteren Informationen sei er in einem Gespräch gerne bereit. Zur dargestellten Parkproblematik sagt er eine nochmalige Ortsbesichtigung durch die beiden zuständigen Mitarbeiter zu.

Nach dem Stand des PPP-Projektes und der Beteiligung Monheimer Unternehmen fragt ein weiterer Bürger. Der Bürgermeister berichtet über den Sachstand. Zur Beteiligung Monheimer Unternehmen geht er davon aus, dass der regionale Mittelstand Berücksichtigung finde, wenn der PPP-Partner Unteraufträge vergebe. Eine entsprechende Klausel werde es in dem mit dem PPP-Partner abzuschließenden Vertrag geben.

Ende: 19:08 Uhr

**Ö 21. 2003/0233 Antrag der CDU-Fraktion vom 28.05.2003;
"Einrichtung einer zusätzlichen Beigeordnetenstelle"**

Der Sprecher der CDU-Fraktion begründet den Antrag. Anlass für den Antrag sei zum einen die seit dem Ausscheiden des Leiters des Fachbereichs 3 unregelmäßige Fachbereichsleitung. Zum anderen verweist er auf die große Zahl von fachbereichsübergreifenden Aufgaben, die zukünftig durch weitere Bereiche, die z. B. in der Hartz-Kommission diskutiert werden, erweitert würden. Deshalb spreche aus Sicht der CDU-Fraktion vieles dafür, eine bessere Koordination durch Zusammenlegung der Fachbereiche 2 und 3 herbeizuführen. Damit könne in diesem Bereich die Effektivität durch eine geleitete Zusammenarbeit noch weiter gesteigert werden. Sie sehe es als notwendig an, diese neue Leitungsfunktion durch einen Beigeordneten auszustatten, weil diese Stelle dann durch ihre Zugehörigkeit zum Verwaltungsvorstand ein ganz anderes Gewicht als die anderen Fachbereichsleitungen erhalte. Nach Überzeugung der CDU-Fraktion sei dies notwendig, um den in diesem Bereich wahrzunehmenden Aufgaben den nötigen Nachdruck zu verleihen. Zudem bestehe bei einem Wahlbeamten, sollte man mit seiner Arbeit nicht zufrieden sein, die Möglichkeit, nach 8 Jahren auf seine Wiederwahl zu verzichten. Auch darin sei eine zusätzliche Motivation zu sehen, die Aufgaben mit der nötigen Intensität wahrzunehmen. Von den Kosten her unterscheide sich die bisherige Fachbereichsleiterstelle und die Beigeordnetenstelle nur marginal, zumal sich auch für die VHS-Leitung eine interne Lösung abzeichne, die keine weiteren Kosten erzeuge. Abschließend macht der Sprecher deutlich, dass der in diesem Zusammenhang in einer Tageszeitung zitierte Ausspruch einer Ratsfrau der CDU-Fraktion, "die CDU müsse hier Pflöcke einschlagen" von dieser nicht gemacht worden sei.

Aus der Fraktion Die Grünen wird der Geschäftsordnungsantrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes gestellt, da der am 30.05.2003 eingegangene Antrag nicht fristgerecht gestellt worden sei. Dem widerspricht der Bürgermeister und verweist auf den Feiertag am 29.05.2003; der Antrag sei deshalb fristgemäß.

Der Geschäftsordnungsantrag wird bei 17 Stimmen dafür (12 SPD, 2 Grüne, 2 Peto, 1. F.D.P.) mit 21 Stimmen (BM, 20 CDU) abgelehnt.

Die Frage aus der Fraktion Die Grünen nach den Besoldungsgruppen des bisherigen FB-Leiters 3 und der neuen Beigeordnetenstelle wird vom BM wie folgt beantwortet:

Leiter FB 3 A 15/Ia

BG A 16 (Einstiegsbesoldung)

Die SPD-Fraktion erinnert an den langen Prozess zur Einführung des Neuen Steuerungsmodells in der Verwaltung und die damalige, auch von der CDU-Fraktion mitgetragene, ganz bewusste Entscheidung für eine kleine Verwaltungsspitze mit nur einem Beigeordneten. Hiervon rücke die CDU-Fraktion jetzt ab und schaffe mit ihrem Antrag Fachbereichsleiter erster und zweiter Klasse. Trotz der Erklärung aus der CDU-Fraktion dränge sich der Eindruck auf, dass es weniger um die Sache gehe, sondern um Personen, die in eine Position gebracht werden sollen. Die SPD-Fraktion sei für eine evtl. nötige Diskussion über neue Zuständigkeiten innerhalb der Fachbereiche offen, sehe jedoch keine Notwendigkeit, an der Verwaltungsspitze eine Veränderung herbeizuführen. Sie betrachte die jetzigen Fachbereichsleitungen als eine gut aufgestellte Mannschaft, die auch weitere neue Aufgaben schultern könne.

Die SPD-Fraktion beantragt geheime Abstimmung über den Antrag.

Der Sprecher der Fraktion Die Grünen ist der Meinung, dass der Antrag nur dem Interesse der CDU diene, rechtzeitig vor der Kommunalwahl im nächsten Jahr Pflöcke zu schlagen, ob sie dies nun dementiere oder nicht. Fern jeglicher sachlicher Notwendigkeit werde eine Stelle im Verwaltungsvorstand eingerichtet, um Machtinteressen zu bedienen. Der Sprecher erinnert

daran, dass vor etwa fünf Jahren genau die umgekehrte Diskussion geführt worden sei, allerdings sehr viel vernünftiger vorbereitet und durch eine Lenkungsgruppe begleitet. Damals sei man zum Ergebnis "Schlanke Verwaltung" gekommen, jetzt werde der ganze Prozess wieder rückgängig gemacht. Der Sprecher warnt vor der jetzt ausgelösten Diskussion, die die zukünftigen Bewerber nur beschädigen werde. Dies auch vor dem Hintergrund, dass es durch die Strategie der CDU im jetzigen Verwaltungsteam Verlierer gebe, die, insbesondere die Jugendamtsleitung, hervorragende Arbeit geleistet hätten. Die Fraktion Die Grünen werde sämtliche Kandidaten an den Vorschriften des § 71 Abs. 3 GO NRW messen, wonach sie die für ihr Amt erforderlichen fachlichen Voraussetzungen erfüllen und eine ausreichende Erfahrung für dieses Amt nachweisen müssen. Außerdem werde sie sehr genau beobachten, wie das Auswahlverfahren stattfinde.

Die Vertreterin der Fraktion MBM/F.D.P. zeigt sich überrascht von diesem Antrag, der acht Tage nach der Haushaltssperre des Kämmers bei der Verwaltung einging. Sie hält es für ein völlig falsches Signal, die Verwaltungsspitze auszuweiten, wenn andererseits gespart werden müsse und freiwillige Leistungen gekürzt würden, weil die Kassen leer seien.

Auf Antrag der SPD-Fraktion findet eine geheime Abstimmung statt. Sie hat folgendes Ergebnis:

21 Stimmen für den Antrag

17 Stimmen gegen den Antrag

Der Antrag ist damit angenommen.

Ö 22. 2003/0234 Antrag der CDU-Fraktion vom 28.05.2003; "Rheinstadion"

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion verweist auf den seit langem bekannten maroden Zustand des Rheinstadions. Bereits bei der Übergabe des Sportplatzes an der Sandstraße an die Sportfreunde Baumberg sei für seine Fraktion klar gewesen, dass man sich diesem dringenden Problem zuwenden müsse. Deshalb seien im Haushalt 2002 Mittel für eine Gefährdungsanalyse der Altlasten im Bereich der Rheinanlagen eingesetzt worden. Parallel dazu habe die CDU-Fraktion im Herbst letzten Jahres Gespräche mit dem FC Monheim aufgenommen, in denen unter Beteiligung der Verwaltung über die Konsequenzen der Untersuchungsergebnisse beraten wurde. In den verschiedenen diskutierten Varianten sei geprüft worden, wie man unter Umgehung der sofortigen Sanierung der Altlasten zu einem Stadion kommen könne, das den Wunsch des FC auf Konzentration all seiner Aktivitäten an einem Standort erfülle. Letztlich sei es in diesen informellen Gesprächen zwischen Verein, Verwaltung und CDU-Fraktion zu einer Lösung gekommen, die die Verwaltung als Planzeichnung heute im Ratssaal ausgehängt habe. Nach diesen internen Gesprächen beantrage die CDU-Fraktion heute, die Verwaltung mit der Vorantreibung dieser angedachten Planungen zu beauftragen. Dazu gehöre die verbindliche Abklärung der Planung und insbesondere die Neuordnung der Nutzungen durch Reitsportverein und Schäferhundeverein, deren Belange zu berücksichtigen seien. Der Sprecher betont, dass alle Aktivitäten des FC Monheim mit der Erweiterung der Sportanlage am Rhein bedient seien und unter Berücksichtigung der Sportinvestitionen, die an verschiedenen Schulen vorgenommen würden, das Heinrich-Häck-Stadion auch für den Schulsport nicht mehr benötigt werde. Das Gelände solle deshalb mit Wohnungsbaurecht überplant und die entstehenden Grundstücke verkauft werden. Mit dem Erlös solle die Sanierung und Erweiterung der Sportanlage am Rhein finanziert werden. Der CDU-Fraktion sei bei der Umsetzung der Maßnahme wichtig, dass alle Teilschritte der Planung mit den Vereinen besprochen und abgestimmt werden.

Die SPD-Fraktion bezieht sich auf die Vorstellung der Sanierungsmöglichkeiten des Rheinstadions in der vorletzten Sitzung des Fachausschusses durch die Verwaltung und wirft der

CDU-Fraktion vor, diese Pläne jetzt als ihren Antrag zu verkaufen. Sie kritisiert nachdrücklich das formale Verfahren und macht den Vorwurf, die CDU-Fraktion benutze die Situation des FC für ihre politischen Zwecke, um im Wahlkampf 2004 Stimmen zu gewinnen. Dieser Antrag müsse im Zusammenhang mit dem vorhergehenden Antrag auf Bestellung eines weiteren Beigeordneten gesehen werden, der ebenfalls nur die Interessen der CDU-Fraktion bediene. Auch der SPD-Fraktion sei es selbstverständlich ein großes Anliegen, dass der FC gute Arbeitsbedingungen habe, sie halte es jedoch für das falsche Verfahren, Pläne zwischen CDU-Fraktion, Verein und Verwaltung zu diskutieren und diese jetzt ohne große für die Öffentlichkeit erkennbare Beteiligung aller anderen Betroffenen durchzuführen. Hier werde deutlich, wie wichtig es gewesen wäre, für diesen Bereich, wie auch von der Projektgruppe vorgeschlagen, einen Bebauungsplan aufzustellen. In einem solchen ordentlichen Verfahren hätte es eine Bürgeranhörung gegeben, die die CDU-Fraktion offensichtlich jedoch nicht wolle. Auch die Frage der Altlasten sei ungeklärt; nach dem Altlastenkataster sei die Altlast gefährlich und es müsse saniert werden. Die Überplanung des Heinrich-Häck-Stadions mit Wohnbaurecht und Veräußerung der Grundstücke zur Finanzierung der Maßnahmen lehne die SPD-Fraktion unter Hinweis auf die gegenteilige Entscheidung, auch mit den Stimmen der CDU-Fraktion, zum Rahmenplan Süd ab. Sie sei nach wie vor der Meinung, dass dieses Stadion eine wichtige Einrichtung sei und nicht nur vom FC, sondern auch von den Schulen täglich genutzt werde. Es gebe auch andere Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation für den FC, ohne dass dafür das Heinrich-Häck-Stadion fallen müsse. Zudem sei die Finanzierung der Maßnahme völlig unsicher, da Grundstücksverkäufe unter der Hochspannungsleitung erst einmal realisiert werden müssten.

Die Fraktion Die Grünen übt massive Kritik an der Präsentation dieses Antrages, dem man nicht zustimmen könne, weil die Hintergründe unklar seien. Die Vorschläge hätten eine Vielzahl von Konsequenzen, die nicht abgestimmt seien. Sicherlich bestehe Handlungsbedarf, aber dieser bedürfe einer vernünftigen Planung. Eine Zustimmung zu diesem Antrag sei ohne sachlich fundierte Informationen unmöglich. Auch die Fraktion Die Grünen hält der CDU-Fraktion wahltaktisches Verhalten vor und verweist auf Parallelen zum Sportplatz Sandstraße. Sie kritisiert nachdrücklich, dass der Rat als gewähltes Organ der Bürgerschaft nicht einbezogen worden sei und Verhandlungen nur zwischen CDU-Fraktion, Sportverein und Verwaltung stattgefunden hätten. Zum Deckungsvorschlag zur Finanzierung der Maßnahmen äußert sie Zweifel, da genaue Untersuchungen hierzu nicht vorlägen. Unklar sei, ob eine Deckelung der Kosten vorgenommen und ob und wie ggf. nachfinanziert werde. Zudem sei es schon bezeichnend, dass bei sowieso schon zu wenig Sportplätzen in der Stadt jetzt eine Sportanlage durch die Schließung eines anderen Sportplatzes finanziert werden solle. Damit nehme man Kindern und Jugendlichen ein weiteres ortsnahes Freigelände und verdränge sie. Weiter müsse auf die hohen Kosten verwiesen werden, die bei der Errichtung des Lärmschutzes für das an das Heinrich-Häck-Stadion angrenzende Wohngebiet entstanden seien. Die unmittelbar betroffenen Häuser seien noch nicht errichtet und jetzt solle die ganze Lärmschutzmaßnahme umsonst gewesen sein. Aus dem Kreis der betroffenen Anwohner werde sicherlich Widerstand kommen.

Die Vertreterin der Fraktion MBM/F.D.P. verweist auf die bestehende Haushaltssperre und stellt die Frage, welche Kosten für die Maßnahmen entstehen und wie hoch der Erlös aus den Grundstücksverkäufen und die Deckungslücke ist.

Der Bürgermeister beziffert die grob geschätzten Kosten mit ca. 3 Mio. € Die zu vermarktende Fläche, unter Berücksichtigung der Hochspannungsleitung, betrage ca. 14 000 qm. Bei einem qm-Preis zwischen 200 € und 250 € spreche vieles dafür, dass Baukosten und Grundstückserlöse deckungsgleich seien.

Zur Frage der Altlasten verweist der Bürgermeister darauf, dass die im Bereich des Rheinstadions vorhandene Altlast in der Prioritätenliste des Kreises einen nachrangigen Platz

einnehme, also erst mittel- oder langfristig saniert werden müsse. Hierbei sei zu berücksichtigen, dass ein Kunstrasenplatz eine Lebensdauer von ca. 10 Jahren habe.

In der weiteren Diskussion erinnert die CDU-Fraktion an die Erstellung des Sportplatzes Kielsgraben und verweist darauf, dass es auch hier Gespräche zwischen der damaligen Mehrheitsfraktion SPD und den Sportfreunden ohne Beteiligung der anderen Fraktionen gegeben habe. Sie nimmt Stellung zur Frage der Altlasten und zur Frage der Nutzung der Sportplätze durch die Schulen. Sie erklärt, dass die Flächen, an denen die Kunstrasenplätze entstehen sollen, nicht kontaminiert seien. Auch die Nutzung des Heinrich-Häck-Stadions durch die Schulen sei selbstverständlich geklärt worden. Die sehr wichtige Kostenfrage werde jetzt im Rahmen der Planungsarbeiten der Verwaltung geklärt. Die CDU-Fraktion sei sicher, zu einer vernünftigen Lösung zu kommen.

Die Vertreterin der Fraktion MBM/F.D.P. stellt zu der von den Fraktionen der SPD und der Grünen erwähnten Problematik der Lärmschutzmaßnahmen am Südrand des Heinrich-Häck-Stadions die Frage, ob hier Regressansprüche auf die Stadt zukommen können und in welcher Höhe.

Der Bürgermeister erklärt, dass er dieses Problem nicht sehe, da die Stadt nicht in das Planungsrecht der Anwohner bzw. des Bauträgers eingreife, sagt hierzu jedoch eine Prüfung zu.

Der Beigeordnete bezieht sich auf den der SPD-Fraktion beantworteten Fragenkatalog zum Thema Rheinstadion. Zur Frage der Nutzung des Heinrich-Häck-Stadions durch die Schulen ergänzt er die Stellungnahme der Verwaltung. Er führt aus, dass im Zuge der Erhebung der Sportmöglichkeiten an den Schulen in Vorbereitung des PPP-Projektes die Schulen auch zur Nutzung des Heinrich-Häck-Stadions gefragt wurden. Sowohl Gymnasium als auch Realschule hätten die Stellungnahme abgegeben, dass sie die Modernisierung der Sportanlagen an ihren Gebäuden bevorzugen, da der Weg zum Heinrich-Häck-Stadion zu weit sei. Auch die Anton-Schwarz-Schule brauche keine zusätzliche Sportanlage und die Hermann-Gmeiner-Schule erhalte als weitere Ausstattung eine 75 m-Laufbahn und eine Sprunggrube. All diese Ermittlungen seien im Zuge des PPP-Projektes angestellt worden bevor über die Aufgabe des Heinrich-Häck-Stadions diskutiert worden sei.

Der Antrag Rheinstadion der CDU-Fraktion vom 28.05.2003 wird bei einer Enthaltung (MBM/F.D.P.) und 16 Gegenstimmen (12 SPD, 2 Grüne, 2 Peto) mit 21 Stimmen (BM, 20 CDU) angenommen.

Ö 23. 2003/0235 Haushaltssperre für das Jahr 2003

Der Kämmerer verweist auf seinen ausführlichen Bericht in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und den heute allen Ratsmitgliedern übergebenen Finanzbericht der Gesamtverwaltung für die Monate Januar bis April 2003, in dem das Ausmaß der Haushaltsmisere auf den ersten beiden Seiten nachzulesen sei. In der Ratssitzung im Juli müsse strategisch festgelegt werden, wie man mit dem Fehlbetrag, der zz. bei 8,6 Mio € liege, umgehen wolle.

Die CDU-Fraktion beklagt die höchst prekäre Situation bei den Steuereinnahmen und begrüßt die frühe Initiative der Verwaltung zur Aufstellung einer Strategie. Sie beantragt, in den von der Haushaltssperre ausgenommenen Katalog Mittel von 15 000 € für Gutachterkosten für die Wirtschaftsförderung mit aufzunehmen.

Aus der SPD-Fraktion wird bemerkt, dass man angesichts der vorgetragenen Fakten wohl kaum die Zustimmung zum vorgelegten Beschlussvorschlag versagen könne. Allerdings müsse man sich vor dem Hintergrund der Beschlüsse zu den beiden vorhergehenden Tagesordnungspunkte fragen, ob man noch im gleichen Gremium sitze. Die Sprecherin stellt die Frage, ob in den Fachbereichen eine Weiterarbeit mit den beschränkten Mitteln gesichert ist und sich Einsparungen bei den freiwilligen Ausgaben z.B. auch auf Broschüren etc. erstrecken.

Der Kämmerer antwortet, dass die 40 %-ige Sperrung für sächliche Ausgaben und andere Betriebskosten mit den Fachbereichen abgestimmt wurde. Er verweist auf die festgelegte Grenze von 5.000 € in diesen Fällen müsse der Haupt- und Finanzausschuss entscheiden. Im Übrigen seien die letzten herausgegebenen Broschüren in der Hauptsache durch Werbung finanziert worden.

Es besteht Übereinkunft, die Sachdarstellung in Ziff. 2. um die von der CDU-Fraktion beantragten 15.000 € Gutachterkosten für die Wirtschaftsförderung zu ergänzen.

Beschluss

1. Die Verfügung des Kämmerers hinsichtlich der Verhängung einer hauswirtschaftlichen Sperre gem. §28 GemHVO wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Haushaltssperre wird in der vom Verwaltungsvorstand vorgeschlagenen Weise modifiziert.
3. Alle Freigaben für neue Maßnahmen oder Beschaffungen aus dem Vermögenshaushalt bedürfen der Zustimmung durch den Hafi.
4. Alle Freigaben für noch anstehende Projekte oder Maßnahmen aus dem Verwaltungshaushalt, die für dieses Jahr geplant sind und im Einzelfall eine Gesamthöhe von 5.000 € überschreiten, bedürfen der Zustimmung durch den Hafi.
5. Bis zur nächsten Ratssitzung haben die Fachbereiche eine Liste zukunftsorientierter Einsparvorschläge zu erarbeiten. Dabei sind alle denkbaren Szenarien mit den sich ergebenden Konsequenzen aufzuzeigen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 37 Stimmen (BM, 20 CDU, 11 SPD, 2 Grüne, 2 Peto, F.D.P.)
Enthaltung 1 Stimme (SPD)

Ö 24. 2003/0236 Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss

Beschluss

Der Rat nimmt folgende Nachwahl vor:

Ausgeschiedenes beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
s.B. Herr Bruno Kamp (Fraktion MBM/F.D.P.)

Neues beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
s.B'in Frau Hildegard Ewertz, 40789 Monheim am Rhein, Berliner Ring 12 (Fraktion MBM/F.D.P.)

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 25. Mündliche Mitteilungen

Ö 25.1 Bootsrampe am Rhein

Die Verwaltung bezieht sich auf die gestrige Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen, in der von einem Ausschussmitglied die Aussage der Verwaltung angezweifelt wurde, dass die Bootsrampe am Rhein bisher nicht genehmigt sei. Als Begründung wurde angegeben, dass an dieser Bootsrampe der ehemalige Fährbetrieb zur Piwipp stattgefunden habe. Die Verwaltung zeigt ein Foto und belegt, dass dieser Fährbetrieb nichts mit der Bootsrampe zu tun hatte, sondern weiter südlich über einen kleinen Steiger und einen Fußweg, der dorthin führte, stattgefunden hat. Beides sei demontiert worden als der Fährbetrieb eingestellt wurde.

Ö 25.2 Kreisverkehr Berghausener Straße/Baumberger Chaussee

Der Bürgermeister berichtet, der Straßenbaubetrieb NRW habe jetzt mitgeteilt, dass er nicht die Absicht habe, sich der Kreisverkehrslösung anzuschließen; er beabsichtige, allenfalls die Spagettiknotenlösung zu realisieren, wozu der Erwerb eines städt. Grundstücks erforderlich sei. Sollte die Stadt dem nicht zustimmen, werde man es bei der Optimierung der Ampelschaltung belassen.

Ö 25.3 Kielsgraben

Der Bürgermeister führt aus, dass nach Mitteilung des Straßenbaubetriebes NRW mit der Fertigstellung des Kielsgraben nicht vor dem zweiten Quartal 2004 zu rechnen sei. Grund dafür sei, dass lagenweise Material in den Baggersee eingebracht werde, die Lagen dann jedoch jeweils eine Setzungszeit von 6 Wochen haben sollen. Es werde in weiteren Gesprächen versucht, die Angelegenheit zu forcieren.

Ö 26. Mündliche Anfragen

**Ö 26.1 Mündliche Anfrage der Ratsfrau Tonn (SPD)
Nachtfahrverbot auf der Alten Schulstraße**

Ratsfrau Tonn bezieht sich auf ihre Anfrage in der letzten Ratssitzung und die schriftliche Antwort der Verwaltung hierzu. Sie betont, dass sie bei ihrer Anfrage nicht davon ausgegangen sei, dass die Verwaltung nicht korrekt gearbeitet habe. Ihr Anliegen sei es gewesen, etwas kreativer vorzugehen und das Schild so aufzustellen, dass es wirklich in das richtige Blickfeld der Autofahrer komme. Sie ergänzt ihre Anfrage und bittet die Verwaltung um nochmalige Prüfung, evtl. auch ein regelmäßiger Hinweis in der Presse auf das Nachtfahrverbot.

Der Bürgermeister sagt eine nochmalige Prüfung zu.

Ö 26.2 **Mündliche Anfrage der Ratsfrau Tonn (SPD)**
Erhaltung von Teilen der Shell-Mauer als kulturhistorisches Denkmal

Ratsfrau Tonn fragt an, ob es möglich sei, die beiden Torsäulen der Shell-Mauer gegenüber dem Anleger als kulturhistorisches Denkmal -evtl. an anderer Stelle- zu erhalten. Sie verweist auf die von ihrer Fraktion bereits vor etwa zwei Jahren im Fachausschuss gestellte diesbezügliche Frage, die jetzt nach der Aussage des Bürgermeisters, dass bis zum 31. Juli die Sanierungsarbeiten auf dem Shellgelände abgeschlossen würden und dann die Mauer entfernt werde, wieder aktuell sei. Der Bürgermeister nimmt die Anregung auf und sagt eine Prüfung zu.

Ö 26.3 **Mündliche Anfrage der Ratsfrau Tonn (SPD)**
Jugendhilfeausschusssitzung am 21.05.2003

Ratsfrau Tonn führt aus, dass Ratsherr Göbel in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 22.05.2003 unter dem Tagesordnungspunkt Anfragen eine Beschwerde gegen ihre Sitzungsleitung im Jugendhilfeausschuss am 21.05.2003 erhoben habe. Sie kenne den genauen Wortlaut der Beschwerde nicht, da sie an der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses nicht teilgenommen habe; ihr sei darüber berichtet worden. Sie vermute, dass diese Beschwerde im Zusammenhang mit der Diskussion im Jugendhilfeausschuss stehe über die Sparkassenstiftung hinsichtlich Entscheidungskriterien, Transparenz etc. Ein Mitglied des Jugendhilfeausschusses habe in seinem Wortbeitrag u.a. geäußert, dass, wenn diese Transparenz nicht geschaffen würde, man vermuten könnte, dass evtl. gekungelt würde. Diese Äußerung habe Herrn Göbel, der als Zuhörer an der Sitzung teilnahm, veranlasst, heftig und laut zu reagieren, sodass sie sich fast veranlasst sah, einzuschreiten und ihn als Zuhörer auf seine Kompetenzen hinzuweisen. Direkt nach dem besagten Wortbeitrag hätten sich jedoch mehrere Mitglieder des Jugendhilfeausschusses zu Wort gemeldet, u.a. Frau Prondzinsky und Frau Odendahl, die sehr diszipliniert und betont sachlich dazu Stellung nahmen. Aus den Gesten der Ausschussmitglieder habe sie als Vorsitzende danach entnommen, dass sich die Angelegenheit damit erledigt habe. Frau Tonn fragt den Bürgermeister, zu welchem Ergebnis er bei seiner Prüfung gekommen sei, ob die Beschwerde berechtigt sei und wie sie sich in Zukunft bei derartigen Vorkommnissen zu verhalten habe.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Leitung der Sitzung dem bzw. der Vorsitzenden obliegt, auch das Rügen von Äußerungen und das Fehlverhalten im Publikum.

Er sagt jedoch zu, den Betroffenen eine schriftliche Stellungnahme zum Thema zukommen zu lassen.

Ö 26.4 **Mündliche Anfrage der Ratsfrau Liebe (MBM/F.D.P.)**
Nachfahrverbot auf der Alten Schulstraße

Ratsfrau Liebe stellt die Frage, ob das Aufstellen eines Schildes z.B. "Nach 50 m - Durchfahrt verboten nach 22.00 Uhr" am Anfang der Alten Schulstraße möglich ist. Die Verwaltung verneint dies. Auf die Bemerkung von Frau Liebe, dass sie derartige Schilder in anderen Städten gesehen habe, sagt die Verwaltung eine nochmalige Prüfung zu.

Ö 26.5**Mündliche Anfrage der Ratsfrau Knauer (SPD)
Wiener Neustädter Straße/Benrather Straße**

Ratsfrau Knauer fragt an, ob auf der Wiener Neustädter Straße das Aufstellen eines Schildes möglich ist, das auf die Einengung beim Einbiegen in die Benrather Straße hinweist. Sie berichtet von Komplikationen an dieser Stelle. Die Verwaltung verweist auf die geltende 30 km/h-Regelung, sagt jedoch eine Prüfung zu.